

Anlage 1 zur Vorlage Fortschreibung LHP 2015

Landeshauptstadt Dresden
Büro der Oberbürgermeisterin
Lokales Handlungsprogramm für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus
(LHP Toleranz)



Bildquelle: Regiestelle TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN

**Dokumentation 2010 - 2014 und
Eckdaten für die weitere Fortschreibung**

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Dresden.
Dresdner

LHP

Der Lokale Aktionsplan Dresden wurde im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN in den Jahren 2011 bis 2014 gefördert

Situations- und Problembeschreibung

Mit 541 000 Einwohnern gehört Dresden bundesweit zu den größten Städten. Die Bevölkerung wächst kontinuierlich. Bis 2025 werden voraussichtlich mehr als 579 000 Menschen in Dresden leben.

Dresdens Bevölkerung hat derzeit einen Anteil von ca. 0,5% an Muslimen, weniger als 5% der Bevölkerung haben keine deutsche Staatsbürgerschaft inne und nur etwa 8% der Bevölkerung gelten als Menschen mit Migrationshintergrund (Quelle: LH Dresden, Kommunale Statistikstelle: Bevölkerung und Haushalte 2013 - S. 13). Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern ist insgesamt sehr gering. Dresden braucht jedoch Internationalität, um ein weltoffenes und tolerantes Lebensumfeld zu bieten.

Bereits im Jahr 2010 untersuchte die Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung die Landeshauptstadt Dresden im Auftrag des LHP Toleranz, mit Unterstützung des Landesprogramms „Weltoffen Sachsen“. „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ mit ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit als ein Kernelement des Rechtsextremismus wurde bis auf die lokaler Ebene untersucht. Zugleich wurde auch die Bereitschaft des Engagements gegen den Rechtsextremismus analysiert. Dadurch ist ortsamtsbezogen ein Einblick in das jeweilige lokale politische Klima und das Ausmaß an „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ möglich. Hierdurch lassen sich Lokalprofile gewinnen, die die Entwicklung lokaler Strategien für die dort tätigen Akteure ermöglicht. Die Ergebnisse der Studie lagen im Schnitt unter den bundes- und sachsenweiten Vergleichswerten und zeigten eine positive, weltoffene Grundtendenz. Die Studie zeigte jedoch auch auf, dass rechtsextreme Strukturen nicht im „gesellschaftsfreien“ Raum entstehen, sondern von den verschiedenen Einstellungen in der Bevölkerung abhängig sind. Genau hieran arbeitet das LHP Toleranz mit zahlreichen Projekten, mit dem Ziel die Einstellung der Bevölkerung zu verbessern.

Prof. Dr. Elmar Brähler von der Universität Leipzig untersuchte jüngst „Die stabilisierte Mitte - rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“. Diese Publikation präsentiert Ergebnisse aus der Befragung im Jahr 2014 und vergleicht sie mit den Studienergebnissen der letzten zwölf Jahre. Dabei wurde grundsätzlich ein starker Rückgang bei allen rechtsextremen Dimensionen verzeichnet und somit weniger rechtsextrem Eingestellte. Aber aus der Studie lässt sich zweifelsfrei das wenig überraschende Ergebnis ableiten, Ressentiments gegen Ausländer sind oft dort besonders groß, wo wenige Ausländer leben und sind damit ein gesellschaftliches Problem.

Wenn man Zuwanderung will, muss man attraktiv sein, wie Prof. Dr. Wolfgang Donsbach von der TU Dresden zutreffend konstatiert. Zwei Arten von Faktoren, harte und weiche, prägen die Attraktivität eines Standortes. Hart seien Faktoren wie Gehalt, Aufstieg und Renommee des Arbeitgebers. Weiche Faktoren spielen hingegen im privaten und zwischenmenschlichen Bereich - Erfahrungen und Erleben mit Familie sowie Freunden und Bekannten. Ebendiese sowie das regionale Image, Toleranz, Aufgeschlossenheit und gefühlte Sicherheit werden immer entscheidender beim Wettbewerb um Fachkräfte.

Das LHP Toleranz förderte deshalb die Studie „Ausländische Arbeitnehmer und xenophobe Tendenzen“ (2012/2013) von Prof. Dr. Wolfgang Donsbach. Das zentrale Ergebnis der Studie lautet: Ausländische Mitarbeiter fühlen sich alles in allem wohl in Dresden, aber bei Weitem nicht so wohl wie Einheimische. Häufig berichten darin Menschen mit Migrationshintergrund von negativen Erlebnissen. Genau hier gilt es anzusetzen. Die Stadtgesellschaft braucht in Teilen deshalb mehr Anschub, im Schritt zur aktiven Bürgergesellschaft, die sich in alle Themen beteiligungsorientiert und demokratisch einbringt. Das LHP Toleranz leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Die Beschäftigung mit der politischen Situation ist höchst relevant für Fragen der Demokratie- und Toleranzförderung. Extremistisches, demokratiefeindliches und diskriminierendes Handeln ist ein gesamtgesellschaftliches und kein isoliert zu betrachtendes Problem. Auch weiterhin gilt, dass institutionalisierte Politik und Stadtverwaltung allein nicht in der Lage sind, derart komplexe Problemlagen produktiv zu bearbeiten. Appelle an Bürgerinnen und Bürger, an die Wirtschaft, an Organisationen und Institutionen wirken unglaublich, wenn sich die tragenden politischen Gremien und Institutionen nicht selbst überzeugend mit der Thematik auseinandersetzen. Das LHP Toleranz der Landeshauptstadt Dresden ist ein Teil des Ausdrucks dieser Überzeugung und trägt damit zu einer gemeinsamen Übernahme der Verantwortung für die demokratische und solidarische Entwicklung des Gemeinwesens bei (Quelle: LHP Toleranz, Seite 5 ff.).

Obwohl oft Monate zwischen größeren Veranstaltungen liegen, ist Dresden trotz der Entwicklung der letzten Jahre weiterhin regelmäßiger Anlaufpunkt der rechtsextremen Szene, insbesondere seit den 2000er Jahren. Es kam zu Demonstrationen im Zusammenhang mit dem 13. Februar in Dresden und an anderen Tagen, wie bspw. am 7. Juni 2014. Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger protestieren in Sicht- und Hörweite gegen den Missbrauch der Landeshauptstadt durch Extremisten. Der Tag des 13. Februar selbst blieb in den Letzten von rechtsextremen Aufmärschen verschont, dennoch waren an den Tagen vor und nach dem städtischen Gedenktag entsprechende Aktivitäten zu verzeichnen.

Unter dem Deckmantel „besorgter Eltern gegen Frühsexualisierung“ sollte es letztlich zu einer menschenverachtenden Veranstaltung gegen die sexuelle Selbstbestimmung kommen. Zur Teilnahme rief die rechtsextreme NPD ebenfalls auf. Zu keinem Zeitpunkt war ernsthaft das Kindeswohl Thema, sondern diese Veranstaltung war Ausdruck des Kampfes gegen Vielfalt und Akzeptanz von Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft abweichen. Kurzfristig bildete sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis und organisierte eine Demonstration für Toleranz und Akzeptanz. Genau hier kann das LHP Toleranz durch Netzwerkbildung und Beratung unterstützen.

Die Landeshauptstadt Dresden befindet sich aufgrund des Bevölkerungswachstums und der zugleich stattfindenden demografischen Entwicklung vor einer sehr großen Herausforderung. Das Wachstum begründet sich insbesondere durch einen Geburten- und Zuzugsüberschuss, der wahrscheinlich bis 2025/2030 fortwährend - wenn auch langsam relativ rückläufig - andauern wird (Quelle: LH Dresden, Kommunale Statistikstelle, Bevölkerungsprognose 2014 Seite 12ff). Die Herausforderung hierbei für eine Stadtverwaltung ist in einem insgesamt schrumpfenden Bundesland einerseits Rahmenbedingungen für die jüngsten Teile der Bevölkerung (Kita, Schule, Sport, Jugendbetreuung und -Angebote, passende Kulturangebote und vieles mehr) zu schaffen, welche die besten Voraussetzungen für das spätere Erwachsenenleben (Berufsausbildung durch Schule, Unternehmen oder Wissenschaft - ausreichend Arbeitsplätze) bietet. Gerade um soziale Spannungen abzubauen und das Aufkommen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verhindern bzw. abzubauen, ist das LHP Toleranz geeignet, entsprechende Maßnahmen in Form von Projekten durchzuführen.

Zugleich gilt es bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen auch für die ältere Bevölkerung besondere Angebote zu schaffen, umso mehr der Anteil an der Gesamtstadtdgesellschaft tendenziell steigt. In diesem Spannungsfeld kann das LHP Toleranz einen Beitrag leisten, um das demokratische und soziale Miteinander zu fördern.

Aufgrund der weltpolitischen Lage ist Dresden verpflichtet, vor politischer Verfolgung und Krieg fliehenden Menschen Schutz und Unterkunft zu gewähren. Heute suchen bereits ca. 2 300 Menschen Asyl in Dresden, bis Ende 2015 werden nochmals mehr als 3 000 Personen dazukommen. Die größte Herausforderung hierbei sind, die kurzen Vorlaufzeiten, welche seitens des Bundes und des Freistaats Sachsen gewährt werden. Hinzu kommen die

viel zu geringen finanziellen Zuschüsse von Staatsseite, was eine hohe Belastung des kommunalen Haushalts zur Folge hat. Dies führt in der Stadtgesellschaft zu Spannungen. Initiativen und Organisationen können sowohl in der direkten Flüchtlingsarbeit (bspw. Deutschkurse für Asylsuchende) tätig werden als auch durch Schaffen von Gesprächsrunden und gesellschaftlichen Austausch vor Ort. Diese sind notwendig, da es eines breiten gesellschaftlichen Konsenses bei der Unterbringung von Flüchtlingen, auch auf der lokalen Ebene, bedarf.

Dresden ist eine weltoffene Kulturmetropole und zieht als Magnet viele Touristen, Studierende und Wissenschaftler/-innen aus aller Welt hierher. Doch in Dresden hat sich auch die erste PEGIDA-Bewegung Deutschlands gegründet. Diese sich selbst als „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ bezeichnende Gruppierung (mittlerweile eingetragener Verein) sieht ausweislich ihres Titels eine Islamisierung als Problem an. Zweifellos gehen aufgrund der dortigen Reden, die nicht nur rhetorisch zulässige Überspitzungen, sondern teilweise auch von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Nationalismus oder Demokratiefeindlichkeit geprägt sind, Bilder von Dresden aus, welche der hiesigen Lebenswirklichkeit nicht entsprechen. Die Schwierigkeit ist die endgültige politische Einordnung dieses Phänomens und der Umgang für Stadtgesellschaft, Politik, Medien und Wissenschaft, Kunst und Kultur. Spätestens seit der Einladung des Gastredners Gert Wilders, einem europaweit bekannten Rechtspopulisten, dürfte es sich bei PEGIDA am ehesten um eine „Neu Rechte“ Bewegung handeln, welche zum Ziel hat, rechte Thesen und Begriffe fest in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Für die Einordnung spricht auch, die von zahlreichen anderen Rednern gezeigte Fundamentalkritik an der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie deren Repräsentanten.

Die sozialen Netzwerke des Internets bringen eine neue Qualität des Umgangs und damit eine Herausforderung für die gesamte Stadtgesellschaft mit. Leider kommt es dort regelmäßig zu demokratiefeindlichen und von Hass getragenen Äußerungen. Teilweise wird ein Bruch mit dem „System“, mithin der Demokratie behauptet. Wenn Menschen tatsächlich zu Hause (oftmals in der Anonymität des Internets) solche Gedanken öffentlich mitteilen, ist dies ein erhebliches Risiko, dass nicht nur besorgte Bürger/-innen, sondern auch rechtsextreme Kräfte in solchen Diskussionen mitwirken. Gedanken können „vom Rechner in die Faust“ geraten. Das, gilt es zu verhindern. Freistaat Sachsen und Landeshauptstadt Dresden bieten Bürger- und Dialogforen an, um das Gespräch zu suchen. Das LHP Toleranz kann hierbei ebenfalls unterstützend wirken. Insbesondere durch Einrichtung von Stadtteilnetzwerken und Bürgerrunden.

Wegen der gesamten Problemlage und der rechtsextremen sowie weiterer Aufmärsche kommt es regelmäßig leider auch zu nicht -verfassungskonformen Gegenreaktionen sowohl von ortsansässigen wie auch zugereisten Personen. Nur teilweise gelingt es Veranstaltungen durchzuführen, die aufzeigen, wofür Dresden steht (hervorzuheben ist insoweit „Dresden für alle“ oder „Dresden a place to be“ sowie verfassungskonforme Gegendemonstrationen in Sicht- und Hörweite).

Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu thematisieren und entschieden zu begegnen, gehört ebenso zu den Anliegen des LHP Toleranz wie die gleichberechtigte Teilhabe für alle am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und zu befördern. Diskriminierende Verhaltensweisen, die sich im legalen Rahmen bewegen, prägen das gesellschaftliche Klima entscheidend. Das Ausnutzen einer rechtlich abgesicherte Ungleichbehandlung auf Grundlage legaler Unterscheidungen (Deutsche / aus dem Ausland Stammende, EU-Angehörige / Drittstaatsangehörige, Arbeitsmigrantinnen und Migranten / Flüchtlinge, Aufenthaltsstatus), widerspricht jedoch dem Anliegen des LHP für Toleranz. Hier gilt es Maßnahmen bis in die lokale Ebene durchzuführen, um solche diskriminierenden Ansichten abzubauen.

Auch wenn die Strafermittlungsbehörden nur kriminelles Handeln betrachten, ist ein Blick auf die Kriminalstatistik der Landespolizei im Bereich der politisch motivierten Kriminalität im Freistaat Sachsen und insbesondere Dresden notwendig, um einen Eindruck von der gegenwärtigen Situation und der Gefährlichkeit politisch motivierter Kriminalität zu haben.

Die Landeshauptstadt Dresden bildete im Jahr 2014 erneut einen Schwerpunkt bei „rechten“ Straftaten.

2014 wurden 27 rechtsextremistischen Gewalttaten - etwa jede Dritte in Sachsen - begangen, gegenüber 23 im Vorjahr (und sechs im Jahr 2012). Sachsenweit kam es auch zu direkten Angriffen auf den politischen Gegner.

163 der im Jahr 2013 im Freistaat Sachsen registrierten 1 250 rechtsextremistischen Propagandadelikte wurden in Dresden festgestellt (2013, 199, 2012: 153). Von 253 (146 im Jahr 2013) fremdenfeindlichen Vorfällen in Sachsen, fanden 52 in Dresden statt [Quelle Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014 Ziff. 5.1]. Eine bedenkliche Steigerung der politisch Kriminalität „rechts“ zeichnet sich ab. Das LHP Toleranz kann im Bereich der Prävention wirken, um Menschen aufzuzeigen, wohin gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit führt.

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund sind gegenüber der Kriminalität von „links“ und „rechts“ deutlich seltener verübt worden. In ganz Sachsen kam es gerade einmal zu 20 Straftaten [Quelle: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014, Ziff. 5.3]. Nur eine Straftat davon konnte dem Bereich des Islamismus zugeordnet werden.

Die Kriminalstatistik zeigt, dass Kriminalität gerade nicht nur mit Demonstrationsgeschehen einhergeht. Auch unterjährig werden demokratie- und menschenfeindliche Straftaten mit politisch motivierten Hintergrund begangen werden. Das LHP Toleranz kann insbesondere im Bereich der Prävention tätig werden, um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit abzubauen und das demokratische sowie solidarische Miteinander zu stärken. Bürgernetzwerken schaffen, demokratiefördernde und präventive Arbeit an Schulen voranbringen, sind Beispiele wie das LHP Dresden wirkt.

Entwicklungsbedarf mit Blick auf die Zielgruppen

Das LHP Toleranz fördert seit 2010 Akteure vor Ort. Ehrenamtliche und professionelle Fähigkeiten im lokalen Engagement sind die zivilgesellschaftlichen Schlüsselressourcen, die es im Rahmen des LHP Toleranz zu aktivieren und zu entwickeln gilt. Die bisherige Arbeit zeigt bereits auf, dass die Vernetzung erheblich fortgeschritten ist.

Innerhalb der Stadtverwaltung gehört die Auseinandersetzung mit jeder Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung zum Alltag. Im Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen zeigt sich weiterhin eine erhebliche Auffächerung, da das Themenfeld des LHP Toleranz aus unterschiedlichen Richtungen und mit vielfältigen Interessen und Zielen begleitet wird. Schließlich ist festzustellen, dass die Einbeziehung der professionellen Akteurinnen und Akteure wie der sie tragenden Institutionen aus den Bereichen Bildung und soziale Arbeit, insbesondere aus den Feldern schulische Bildung und Erwachsenenbildung, viel umfassender und systematischer organisiert werden muss. Weiterhin gilt es die Ressourcen von Wirtschaft, Kirche und Kultureinrichtungen noch besser zu erschließen und zu aktivieren (Quelle: LHP Toleranz, S. 12 f.).

Wesentliche Erkenntnisse der letzten Jahre in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist die große Bedeutung der Zivilgesellschaft, was sich (wie eingangs beschrieben) in der immer aktiveren Bürgergesellschaft ausdrückt. Weiterhin versteht man im politisch-praktischen Diskurs den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, der sich

von den Bereichen staatlichen und wirtschaftlichen Handelns abgrenzt. Eine Bekämpfung von Antisemitismus, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus ist nur möglich, wenn es zu Veränderungen im Alltag der Menschen kommt. In Dresden findet sich in der Zivilgesellschaft eine erfreuliche Vielfalt, die sich gegen "Rechts", für Demokratie, Toleranz, Akzeptanz und Solidarität engagieren, was die zahlreichen Projekte und Maßnahmen der letzten Jahre eindrucksvoll dokumentieren (Quelle: LHP Toleranz, S. 12 f.; siehe auch Anlage 3 zu dieser Vorlage).

Schwerpunktmäßig erfolgt eine enge Verflechtung mit dem Integrationskonzept, welches ebenfalls fortgeschrieben wird. Dies ist sichergestellt durch die organisatorische Anbindung der Integrations- und Ausländerbeauftragten bei der Oberbürgermeisterin und ihrem Büro (welches das LHP Toleranz umsetzt) als auch in der personellen, durch die Mitgliedschaft der Integrations- und Ausländerbeauftragten im Begleitausschuss.

Das Handlungsfeld Erinnerungskultur soll in enger Verknüpfung mit dem am 19. Juni 2014 beschlossenen erinnerungskulturellen Grundlagen der Landeshauptstadt Dresden bearbeitet werden. Das Gedenkonzept benennt die Grundlagen, auf denen die erinnerungskulturellen Aktivitäten der Stadtverwaltung aufbauen. Erinnerungskultur wird darin als eine gesamtgesellschaftliche und gemeinsame Aufgabe verschiedener Träger und Initiativen verstanden. Geschichte soll als Prozess dargestellt und damit die bestimmten Ereignisse vorausgehender Entwicklungen sichtbar gemacht werden.

Erinnerungskultur kann auf diese Weise zur historisch-politischen Bildung beitragen und damit Selbstverständigungsdiskurse entfachen, die das demokratische Gemeinwesen in dieser Stadt stärken. Dabei sollen insbesondere partizipatorische Prozesse angestoßen werden.

Das fortzuschreibende LHP Toleranz muss ferner den 1. Aktionsplan der LH Dresden zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene berücksichtigen. In dessen Artikel 10 – Vielfältige Diskriminierungen oder Benachteiligungen – wurde als Ziel formuliert: „Die öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen der Stadt Dresden sind für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv. Die Stadt ist bestrebt, unabhängig vom Geschlecht bzw. sonstiger Diskriminierungsfaktoren (Herkunft, Alter, Behinderung etc.) gleichen Zugang und eine gerechte Ressourcenverteilung zu ermöglichen.“

Weiterentwicklung der Zielebenen im Gesamtförderzeitraum

Das Leitziel des LHP Toleranz lautet:

Demokratie, Solidarität und Toleranz sind bestimmende Werte für die Dresdnerinnen und Dresdner.

Seit dem 1. Januar 2010 setzt die Oberbürgermeisterin das Lokale Handlungsprogramm für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus der Landeshauptstadt Dresden (LHP Toleranz - V0170/09 vom 29.10.2009 - SR/005/2009) um. Für die Umsetzung traf der Stadtrat bzw. dessen beschließender Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit weitere Entscheidungen (Beschluss A0284/10 vom 29.11.2010 - AV/030/2010 und Beschluss V1972/12 vom 22. April 2013, V2586/13 vom 21. November 2013, A0771/13 vom 27. März 2014).

Mit der letzten Fortschreibung wurde nicht nur über die Maßnahmen der letzten Jahre berichtet, es erfolgte auch eine Schwerpunktsetzung für die künftige Tätigkeit. Diese Fortschreibung bringt also mehr als nur eine Konkretisierung des ausformulierten LHP Toleranz mit sich, ohne die geschriebene Fassung des LHP Toleranz (V0170/09) selbst zu ändern.

Im Rahmen des LHP Toleranz stehen jährlich 150.000,- Euro an kommunalen Haushaltsmitteln zur Verfügung. Daneben wurde die Landeshauptstadt Dresden durch Bescheid vom 17. Mai 2011 des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ (TFKS) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgenommen. Dieses unterstützt die Implementierung und Umsetzung sogenannter Lokaler Aktionspläne (LAP), nicht nur beratend, sondern auch finanziell. Die Höhe der finanziellen Unterstützung durch den Bund variiert jährlich. Als Gesamtförderzeitraum setzte der Bund zunächst den Zeitraum 17. Mai 2011 bis 31. Dezember 2013 fest. Sodann erfolgte eine einmalige Verlängerung über den 1. Januar 2014, längstens bis zum 31. Dezember 2014. Für das Jahr 2015 sind erneut Anträge auf zusätzliche, staatliche Fördermittel gestellt. Über die Anträge beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ ist noch nicht entschieden.

Um die in den beiden Programmen (LAP und LHP Toleranz) vorgesehene Projektförderung zu vereinheitlichen, erließ die Oberbürgermeisterin nach Beratung mit dem Begleitausschuss (in Dresden Steuerungsgruppe oder BGA genannt) die „Einheitliche Fachförderrichtlinie zur Förderung von Maßnahmen für das "Lokale Handlungsprogramm für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus" LHP Toleranz) und für den Lokalen Aktionsplan“ (FördRL LAP/LHP). Diese wurde in Umsetzung des Beschlusses V1972/12 vom 22. April 2013 aktualisiert. Die Fachförderrichtlinie ist bereits mit der letzten Fortschreibung auf weitere Co.-Finanzierungen von staatlicher Seite hin aktualisiert worden.

Das LHP Toleranz (V0170/09) setzte vom 1. Januar 2010 bis einschließlich 22. April 2013 folgende (fiskalische) Zielstellung zur Umsetzung und beauftragt die Oberbürgermeisterin entsprechend:

Projektförderung	60.000,- Euro (bis zu 10.000,- Euro Mikroprojekte)
Wissensch. Begleitung	10.000,- Euro (Entscheidung des BGA, alternative Projekte)
Fachstelle	80.000,- Euro

LHP Toleranz gesamt	150.000,- Euro (kommunale Haushaltsmittel)

Mindestens sollten 70.000,- Euro für Projektförderung und 80.000,- Euro für die Fachstelle eingesetzt werden. Die Oberbürgermeisterin hat den Auftrag des Stadtrates im Konsens mit den Mitgliedern des Begleitausschusses stets dahin gehend umgesetzt, dass soweit möglich weitere Dritt- oder Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, diese ergänzend auch in den Bereich Vielfalt, Toleranz und Demokratie eingesetzt werden. Entsprechend wurde über das Interessenbekundungsverfahren ein Antrag für das Bundesprogramm TFKS gestellt und Dresden zum 1. Januar 2011 darin aufgenommen.

Seit dem 22. April 2013 (V1972/12) ist die Oberbürgermeisterin beauftragt, die kommunalen Haushaltsmittel des LHP Toleranz wie nachfolgend einzusetzen:

Mikroprojektförderung (bis zu 1.000,- Euro im Einzelfall)	10.000,- Euro
Makroprojektförderung (über 1.000,- Euro im Einzelfall)	90.000,- Euro
Fachstelle	50.000,- Euro

Summe	150.000,- Euro

Ob eine wissenschaftliche Begleitung/Evaluation notwendig ist, verantwortet nach dem LHP Toleranz der Begleitausschuss. Bis zu 10.000,- Euro können dafür jährlich verwendet werden. Der Begleitausschuss des LHP Toleranz ist nicht nur strategisches, beratendes Gremium, sondern unterstützt die LH Dresden bei der Makroprojektförderung. Ohne positives Fördervotum des Begleitausschusses („Ob“ und „Höhe“ der Förderung) ergeht keine Zuwendung an Projektträger aus dem LHP Toleranz Makroprojektbudget i. H. v. bis zu 90.000,- Euro. Wenn möglich werden noch weitere kommunale oder andere Mittel (insbesondere Bundes- oder Landesmittel) zur Förderung von Demokratie und Toleranz eingesetzt.

Zuletzt wurde unter Beteiligung von Bürgern, Trägern, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kunst, Behörden im Rahmen der ersten Zukunftskonferenz die bisherigen Ziele des LHP Toleranz weiterentwickelt. Das Leitziel gilt weiterhin als gesetzt.

Ein Ergebnis der vorgenommenen Zielformulierung ist die strategische Ausrichtung des LHP Toleranz an und in den Stadtteilen Dresdens mit Hilfe von inklusiver Begegnungsarbeit in allen Bereichen. Dort soll vertieft Arbeit stattfinden. Dafür wurden vier Handlungsfelder aus dem Leitziel abgeleitet und (neu) mit einem Mittlerziel versehen:

- 1) Demokratieentwicklung,
Mittlerziel: Lebendige Demokratie entwickeln durch Fördern und Fordern von Mitsprache und Beteiligung, um so positives menschliches Handeln und Motivation für Engagement zu stärken.
- 2) Erinnerungskultur
Mittlerziel: Erinnerungskultur verlangt Orte für eine offene Debatte, die mehrere Perspektiven zulässt und in der die Selbstreflexion der eigenen Positionen be- und gefördert werden.
- 3) Inklusion
Mittlerziel: Die Zielsetzung von Inklusion bewusst machen, indem Menschen von uns in unterschiedlichen Lebenslagen aktiv eingebunden und vernetzt sind.
- 4) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.
Mittlerziel: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliches Problem erkennen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen bei uns allen abbauen.

Die Handlungsfelder sind je durch ein Mittlerziel und Handlungsziele untersetzt. Die dort angeführte Zahl in Klammer hinter den Zielen gibt die Wichtigkeit an, die die Teilnehmer/-

innen der Frühjahrskonferenz dem jeweiligen Handlungsziel zugemessen haben. Eine höhere Zahl bedeutet also, Mittel eher dort einzusetzen. Der Stadtrat stimmte dieser Fortschreibung zu (Beschluss Nr. V2586/13 vom 17. Oktober 2013). Seither setzen BGA, Fachstelle und Stadtverwaltung dies um.

Handlungskonzept/Handlungsfelder

Vom Vorgenannten ausgehend - dem Leitziel des LHP Toleranz -

Demokratie, Solidarität und Toleranz sind bestimmende Werte für die Dresdnerinnen und Dresdner,

wurden vier Handlungsfelder entwickelt, über die hier im Einzelnen berichtet wird. Erläutert wird auch, welche konkreten Handlungsziele daraus je abgeleitet wurden.

Finanziell sind die notwendigen Maßnahmen 2010 - 2014 wie folgt untersetzt worden:

	Projekte	Wiss. Begleitung Fortschreibung	Fachstelle	Summe	davon Bund TFKS
2010	59.827,58 €	56.804,84 €	-, -	116.632,42 €	
2011	142.358,73 €	-, -	100.000,00 €	242.358,73 €	29.416,44 €
2012	177.625,32 €	(über TFKS)	95.100,00 €	259.713,27 €	105.000,00 €
2013	210.322,15 €	9.678,98 €	29.166,67 €	239.488,82 €	88.355,00 €
2014*	223.500,61 €	(über TFKS) q	50.000,00 €	273.500,60 €	126.287,38 €

=	782.045,80 €	66.483,82 €	274.266,67 €	1.131.693,85 €	349.058,82 €

*Hinweis: Für das Jahr 2014 wird vorbehaltlich der endgültigen Abrechnungen (Verwendungsnachweise) der bereitgestellten Mittel von Bund und Kommune berichtet.

Mit dieser Vorlage erhält der Stadtrat (Anlage 3) eine Übersicht über die Aktivitäten des laufenden Jahres (2015) sowie der Vorjahre 2013 und 2014 im Anschluss an die Beschlusskontrolle vom 24. Oktober 2014 (zu Beschluss A0771/13) sowie Anlage 4 zur Vorlage V2586/13.

Damit wurden seit 2010 mehr als eine Million Euro für die Förderung von Toleranz und Demokratie allein im Rahmen des LHP Toleranz investiert. Umso wichtiger wird es die Erfolge dieser Maßnahmen bei der zukünftigen Ausrichtung des LHP Toleranz zu berücksichtigen, weshalb die Träger auch zum Zukunftskongress - Dresden II hinzugeladen werden.

Vier Handlungsfelder wurden bislang als Schwerpunkte festgelegt, hinzu kommen definierte Mittlerziele. Diese sind durch einen Maßnahmenplan (Anlage 2) untersetzt:

Handlungsfeld 1) Demokratieentwicklung:

Mittlerziel - Lebendige Demokratie entwickeln durch Fördern und Fordern von Mitsprache und Beteiligung, um so positives menschliches Handeln und Motivation für Engagement zu stärken.

Handlungsfeld 2) Erinnerungskultur:

Mittlerziel - Erinnerungskultur verlangt Orte für eine offene Debatte, die mehrere Perspektiven zulässt und in der die Selbstreflexion der eigenen Positionen be- und gefördert werden.

Handlungsfeld 3) Inklusion:

Mittlerziel - Die Zielsetzung von Inklusion bewusst machen, indem Menschen von uns in unterschiedlichen Lebenslagen aktiv eingebunden und vernetzt sind.

Handlungsfeld 4) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit:

Mittlerziel - Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliches Problem erkennen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen bei uns allen abbauen.

Ergebnisse und Erfahrungen

Entwicklung neuer Steuerungs- und Abstimmungsinstrumente

Kernelement ist hierbei die Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Stadtverwaltung (BOB), Fachstelle und Begleitausschuss.

Zwischen den genannten Gruppen bestehen verschiedene Ebenen der Zusammenarbeit. Der Begleitausschuss tritt regelmäßig zusammen, um über strategische Fragen und Projektförderungen zu beraten.

Die Zusammenarbeit lässt sich hierbei idealerweise am Beispiel eines Antrags skizzieren: Ein Träger hat eine Projektidee und meldet sich bei einem Mitglied des Begleitausschusses, der Stadtverwaltung oder der Fachstelle. Sodann beraten Fachstelle und Stadtverwaltung den Träger, zuvor stimmen sich diese ab und tauschen regelmäßig Informationen aus. Sobald alle formellen Voraussetzungen erfüllt sind, wird über den Antrag in der Regel im Begleitausschuss beraten. Im Nachgang informiert die Fachstelle den Träger über das Ergebnis und unterstützt die Stadtverwaltung bei der Abwicklung. Dies umfasst auch organisatorische Zwänge, wie beispielsweise die Stammbblätter für die Bundesverwaltung. Sodann suchen, je nach Art des Projektes, Fachstelle oder auch Stadtverwaltung den Projektträger bei oder vor der Durchführung des Projektes auf und unterstützen ihn.

Daneben erfolgen regelmäßig auch Austausche zwischen den drei Beteiligten (BGA, Fachstelle, Verwaltung) im Wege des persönlichen Gesprächs, um über aktuelle Themen des LHP Toleranz zu beraten. So konnte beispielsweise auch sehr zeitnah auf den Tag der deutschen Zukunft reagiert werden und ein Bürgernetzwerk, im dann doch nicht betroffenen Stadtteil Prohlis, etabliert werden.

Ferner kann der Begleitausschuss Aufträge an Fachstelle und Stadtverwaltung erteilen. Die Fachstelle nimmt an allen Sitzungen des Begleitausschusses teil und hat in jeder Sitzung einen festen Tagesordnungspunkt, um über deren Arbeit zu berichten. Dies nutzen die Mitglieder des Begleitausschusses auch zu Nachfragen. Es lässt sich festhalten, dass eine vertrauensvolle und sehr gute Zusammenarbeit zwischen Fachstelle, Begleitausschuss und Stadtverwaltung erfolgt.

Weiterentwicklung neuer Beteiligungsverfahren

Eine wichtiges Ergebnis war das Eingehen neuer partizipatorischer Formate über bekannte Bürgerbeteiligungsinstrumente hinaus.

Erste Zukunftskonferenz:

Die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden, Helma Orosz, und der Begleitausschuss des LHP Toleranz hatten hierzu eingeladen und die Teilnehmerschaft aufgefordert, an der Konferenz zur Planung der Zukunft des LHP Toleranz teilzunehmen. Zu den Themen Demokratieentwicklung, Vielfalt, Erinnern und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wurde gemeinsam über Vergangenheit und Gegenwart in Dresden gesprochen und ein erstes Zukunftsbild entwickelt. Jeder konnte dort einen besonderen Beitrag zur Zukunft Dresdens leisten.

Gemeinsam wurde zunächst mit der Vergangenheit gearbeitet, dann die Gegenwart betrachtet und anschließend die vorhandenen Leitziele und Schwerpunkte des LHP Toleranz für Dresden überarbeitet und die zukünftigen Richtungen weiterentwickelt. Im Verlauf dieser Konferenz wurden die Mittlerziele und Handlungsfelder 1 - 4 (siehe oben) für die Jahre 2013 und 2014 entwickelt und vereinbart. Diese haben auch für 2015 uneingeschränkt ihre Berechtigung, bedürfen aber einer inhaltlichen Präzisierung. Am Ende wurde ein gemeinsames Abschlussdokument, das die Aktionsvorschläge enthält, geschaffen. Alle übernehmen so Verantwortung für die Gesellschaft. Wichtig war, dass die Konferenz lebendig stattfand.

Die Ergebnisse flossen in die erste Fortschreibung (V2586/13) ein und werden auch Teil der grundhaften Überarbeitung des LHP Toleranz. Zugleich erfolgt über eine enge Zusammenarbeit mit den Bereichen Jugendhilfe, Sozialplanung und Kulturförderung eine Verzahnung in deren Fördermaßnahmen. Gegenseitig wird darauf geachtet, dass die Ziele des LHP Toleranz berücksichtigt werden und zugleich wechselseitig Unterstützung bei akuten Problemlagen gegeben wird.

Zukunftskongress - Dresden 2

Für 2015 und später wurde daraus und aus den Erfahrungen der ersten Jahre des LHP Toleranz der anliegende Zeit- und Maßnahmeplan (Anlage 2) entwickelt, um Ziele abrechenbar und transparent zu gestalten; ein erster wichtiger Schritt in die Fortschreibung.

Im Lichte der nun aktuellen Weiterentwicklung gilt es erneut ein partizipatorisches Format zu nutzen, um die Ergebnisse und Erfahrungen der letzten Jahre zu nutzen, aber auch auf aktuelle Entwicklungen einzugehen. Hierfür bedarf es eines **Zukunftskongresses** im III./IV. Quartal 2015. Erneut sollen Träger öffentlicher Belange, Institutionen, Organisationen, Verwaltung, Verbände und viele mehr zusammenkommen, um das LHP grundhaft fortzuschreiben. Eine entsprechende wissenschaftliche Begleitung wird BGA, Fachstelle, Stadtverwaltung und Stadtrat hierbei unterstützen. Es gilt inhaltliche Kriterien zu entwickeln, die allen Beteiligten einen noch besseren Rahmen bieten für die Ausrichtung ab 2016 und unter aktiver Mitwirkung des neu gewählten Stadtoberhauptes.

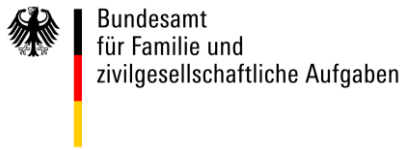
Es gilt hierbei neue Prämissen, über die vier Handlungsfelder hinaus, zu entwickeln. Ein Vorteil ist hierbei, dass auch die Wahlen des Stadtoberhauptes, der Beigeordneten überwiegend erfolgt sind, sodass auch die dortigen Vorgaben berücksichtigt werden können. Ein Beispiel für den Ablauf ist hier bereits angefügt.

Öffentlichkeitsarbeit zur Information und Stärkung der Bürgergesellschaft

Die Öffentlichkeitsarbeit für das LHP Toleranz erfolgte auf vielen Wegen. Finanziert durch kommunale Mittel wurden in der frühen Phase Flyer durch die damalige Fachstelle (es gab 2013 einen Trägerwechsel der Fachstelle Dresden) ausgegeben.

Von Anfang an setzte Dresden auf die Information der Träger durch direkte Ansprache der Fachstelle, Mitglieder Begleitausschuss oder Stadtverwaltung. Der Internetauftritt www.lhp-dresden.de informiert die Öffentlichkeit über aktuelle Geschehnisse, geförderte Projekte und ermöglicht eine Antragstellung (Formulare online). Dies gepaart mit weiterführenden Informationen.

Die lokalen Medien greifen die von der Stadtverwaltung gegebenen Hinweise gern auf. Die Resonanz auf Pressemitteilung oder Medieninformationen ist gut.



Information über das ausgelaufene Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN (gefördert von 2011 bis 2014)

Im Rahmen der Bundesprogramme „**VIelfALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ und „**kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus**“ hat die Bundesregierung von 2007 bis 2010 ziviles Engagement, demokratisches Verhalten, den Einsatz für Vielfalt und Toleranz sowie die Bildung von Beratungsnetzwerken erfolgreich unterstützt und gefördert. Um diese erfolgreiche Arbeit weiterzuentwickeln, wurden die beiden Bundesprogramme im Jahr 2011 unter dem gemeinsamen Dach **TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN** fortgesetzt. Kern des Bundesprogramms sind weiterhin die Förderbereiche: Entwicklung **integrierter lokaler Strategien (lokale Aktionspläne)**, Förderung themenbezogener modellhafter Maßnahmen (Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention) sowie Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken.

Die Entwicklung integrierter lokaler Strategien in lokalen Aktionsplänen (LAP) hat sich im Rahmen von „VIelfALT TUT GUT“ als ein Erfolg versprechender Ansatz zur Stärkung der Zivilgesellschaft vor Ort erwiesen. Vor diesem Hintergrund wurde beschlossen, dieses Förderinstrument in der neuen Förderperiode bis 2014 auszubauen. Weitere neue lokale Aktionspläne wurden ausgewählt und gefördert.

Ein lokaler Aktionsplan ist ein geeignetes Instrument zur Steuerung von Entwicklungsprozessen zur Demokratieentwicklung und für die nachhaltige Entwicklung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Er beruht auf einer spezifischen Analyse der Problemlagen des Fördergebietes, verfolgt mit konkreten Maßnahmen und Entwicklungsschritten eine langfristige integrierte Strategie zur Demokratieentwicklung und fördert lokale Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen. Für die Akzeptanz und den Erfolg eines solchen lokalen Aktionsplans ist die umfassende Einbindung der gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure vor Ort unabdingbar – dazu gehören Vertreterinnen und Vertreter der kommunal Verantwortlichen genauso wie Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, z. B. öffentliche und freie Träger, engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wirtschaft und der Medien. Der Lokale Aktionsplan verknüpft damit nachhaltig und zielorientiert wirksames Handeln auf lokaler Ebene mit konkreten zivilgesellschaftlichen Ansätzen und fördert ein breites Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunen / Landkreise / Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften erstellen einen solchen Aktionsplan gemeinsam mit den lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren und schreiben ihn jährlich fort. Die anzusprechenden Zielgruppen (Jugendliche, Kinder, Eltern und andere Erziehungsberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure) sowie die inhaltliche Ausgestaltung der Lokalen Aktionspläne, entsprechend der in der Leitlinie vorgegebenen Förderschwerpunkte, richten sich nach den Erfordernissen des jeweiligen Fördergebietes.

Schlussfolgerung und Perspektive der integrierten lokalen Strategie

Eine demokratische Kultur muss sich ständig entwickeln. Städte verändern sich. Nicht zuletzt deshalb ist das LHP Toleranz auch künftig als Prozess zu verstehen. Dazu gehört nicht nur, dass sich der Prozess nach Maßgabe seines Erfolgs infrage stellen und verändern können muss. Die Prozessorganisation sollte auch ermöglichen, dass neue Akteure/Akteurinnen hinzukommen und dies, insbesondere wenn die institutionelle Absicherung fehlt und Bürgerinnen und Bürger sich direkt engagieren wollen, aktiv unterstützen. Die kommunale Politik wird diesen Prozess unterstützen, indem sie sich an der weiteren Fortschreibung des LHP Toleranz eng beteiligt und dafür Sorge trägt, dass die Auseinandersetzung mit den lokalen Erscheinungen des Rechtsextremismus nicht zu einer Stigmatisierung führen, sondern als Beiträge zu einer Verbesserung der Lebensqualität einer ganzen Stadt gesehen, anerkannt und unterstützt werden. Für den Herbst 2015 sollte zu einer zweiten Zukunftskonferenz eingeladen werden.

Im Rahmen der Umsetzung des LHP Toleranz sollen auch künftig nicht nur professionelle Akteurinnen und Akteure einbezogen werden. Die Aktivierung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern - insbesondere auch mit Migrationshintergrund - sind von entscheidender Bedeutung, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Die Maßnahmen des LHP Toleranz sollen deshalb weiterhin effektiv und effizient umgesetzt werden. Hierfür bedarf es einer abgestimmten Steuerung und Sicherung des Umsetzungsprozesses. Dies gilt auch für die Zeit über 2015 hinaus und unabhängig von der Frage ob Dritte - Bund oder Freistaat Sachsen - ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen.

Auf allen entwickelten Ebenen - vom Ämternetzwerk und der Steuerungsgruppe über die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ bis hin zu den Akteurinnen und Akteuren - ist nicht auf viele punktuelle Einzelaktivitäten, sondern auf die Entwicklung von abgestimmten spezifischen Strategien und Maßnahmen, die Toleranz, Solidarität und Demokratie in Dresden stärken, zu achten. Sie sollen weiterhin ineinandergreifen und für eine nachhaltige Stärkung demokratischer Potenziale sorgen. Die Kooperation und Vernetzung der verschiedenen Akteurinnen und Akteuren soll ressortübergreifend gestärkt und der Informationsfluss optimiert werden. Mehr Transparenz kann neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufzeigen.

Es gilt, den Zeit- und Maßnahmeplan umzusetzen und mit Leben zu füllen. Die Vorbereitungen für den Zukunftskongress zu treffen, damit das LHP Toleranz grundhaft und vollständig bis Ende 2015 erneuert und fortgeschrieben werden kann. Nur so können Projektträger sich schon frühzeitig an inhaltlichen Leitlinien orientieren. Trotz aller Verschränkung gilt es, die inhaltlichen Grenzen zu anderen städtischen Konzepten (wie bspw. Erinnerungskultur oder das Integrationskonzept) und Aktivitäten (13. Februar) zu entwickeln. Das LHP Toleranz soll bei der Umsetzung anderer städtischer Konzepte, die letztlich für Toleranz und Demokratie eintreten, ein noch stärkerer Partner sein und seinerseits durch strategische Partnerschaften gestärkt werden.